

Wachstum verlangt Freiheit

Kernbotschaften des Wirtschaftsrates an politische Entscheider für wirksame Mittelstandspolitik

Der Mittelstand prägt in einer Vielzahl von Branchen und interessanten Konstellationen die sächsische Wirtschaft. Ihn groß zu machen, ist unsere politisch-strategische Maxime. Denn hier sind die innovativen Konzernzentralen von morgen verwurzelt, die wir in Sachsen so dringend brauchen. Die sächsische Mentalität ist durch permanentes Streben nach optimalen Lösungen gekennzeichnet. Freier Geist und schöpferischer Eigensinn bestimmen seit jeher das sächsische Unternehmertum. Der Nährboden für innovatives Wachstum ist vorhanden. Jetzt ist das Feld zu bestellen.

1. Wohlstand für alle setzt Wertschöpfung voraus. Dieses ordnende Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft wird immer häufiger verletzt. Wir verteilen heute schon Zukunft. Vor allem die Rente verlangt einen exorbitanten Steuerzuschuss aus dem Bundeshaushalt: 91 Milliarden € dieses Jahr und bis 2020 über 100 Milliarden €.

Die Reflexe sind immer gleich. Gefüllte Kassen - ob bei Staat oder allen Sozialversicherungen - verleiten zum Verteilen. Sie entbehren der Mühe, unser aller Geld sparsam einzusetzen und effektiv zu investieren. Einmal begonnen, dreht sich die Spirale der Subventionen. Die deutsche Energiewende mit Subventionen von 24 Milliarden € jährlich ist ein trauriges Beispiel für eklatante Misswirtschaft. Die gestiegenen Energiekosten entziehen den Unternehmen notwendige Mittel für Wachstumsinvestitionen.

2. Der Mittelstand fordert die Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft. Der Staat ist unzuverlässig geworden. Gewiss kann dem Mittelstand jedenfalls nur sein: Der Rahmen wird beständig kleiner bis hin zu staatlich verordneten Preisen. Entweder ändern sich schlagartig die Bedingungen oder Entscheidungen landen auf der langen Bank. Programme wie ZIM oder InnoKom folgen nicht einer schlüssigen Forschungs- und Mittelstandsstrategie, sondern stehen mit jedem Haushalt zur Disposition. Forschung und Entwicklung müssen verlässlich gestärkt werden.

3. Die Staatsquote klettert 2017 auf horrende 22 Prozent. Der Staat verspricht und ist in der Gewährleistungsfalle. Dafür beansprucht er immer höhere Steueranteile. Wäre die Staatsquote auf dem Stand von 2004 geblieben, hätten Unternehmen und Bürger rund 90 Milliarden € mehr zur Verfügung. Der Staat agiert als zentraler planwirtschaftlicher Gestalter und reglementiert mit Akribie. Die Dokumentationspflichten zum Mindestlohn, zum Arbeitsschutz oder jüngst zum Entgeltgleichheitsgesetz führen zwangsläufig zum Kontrollieren, Verfolgen und Sanktionieren. Wie groß muss das Misstrauen sein, das der Staat gegen die Wirtschaft hegt? Wie soll unter diesen Bedingungen ein Gründerklima entstehen, welches jungen Menschen den Weg in die Selbständigkeit erleichtert? Umweltschutz thront inzwischen über allen politischen Zielen und treibt Auswüchse bis hin zu vorgeschlagenen Strafsteuern auf Fleisch wegen des CO₂-Ausstoßes von Tieren. Die Einmischung wird immer unerträglicher. Die Entbürokratisierung muss jetzt beginnen!

4. Steuern und Sozialabgaben in Deutschland erreichen Rekordwerte - auch im Vergleich zu anderen Industrieländern. Das gesamte deutsche Steueraufkommen steigt ins Superlative: von 600 Milliarden € in 2012 auf 760 Milliarden € bis 2019. Ungeachtet dessen: Die Forderungen nach einem starken Staat halten unvermindert an. Schon wird der Ruf nach Vermögenssteuer laut. Der Staat wirtschaftet nicht nur nach Selbstbedienungsmanier. Die Verbindlichkeiten klettern auf Rekordwerte. Dagegen ist die Ergebnisqualität mittelmäßig. Denn dort, wo der Staat zuständig ist, versagt er regelmäßig. Das gilt für Ordnung und Sicherheit genauso wie für Bildung und Infrastruktur inklusive schneller Datenautobahnen. Während wir über 50 Mbit Übertragungsgeschwindigkeit reden, steuert Südkorea das 1-Gbit-Ziel an.

5. Wir fordern Reformen - jetzt! Ein Weiter so darf es nicht geben. Ansonsten wären weitere Steuererhöhungen nur eine Frage der Zeit, denn die Abschwächung der Konjunktur kommt garantiert. Wenn die Briten an der EU-Grenze ein Steuerparadies verfolgen und die Amerikaner offenen Protektionismus betreiben, haben wir ein ernstzunehmendes Wettbewerbsproblem. Die Politik darf sich nicht mit florierender Wirtschaft begnügen und selbstgefällig auf positive Rahmendaten verweisen. Wohlstand für alle auch in nächster Zeit drängt geradezu nach Reformen: Der gewerbliche Mittelstand braucht Impulse für einen Innovations- und Wachstumsschub. Seit Jahren beklagen wir zu geringe Investitionen. Deutliche finanzielle Erleichterungen müssen vor allem Start up`s in der innovativen Gründerszene erhalten

6. Leistung muss sich wieder lohnen. Die Erbschaftssteuerreform vermittelt ein abschreckendes Signal an die Nachfolger in Familienunternehmen. Mehr Netto vom Brutto muss auch für die Beschäftigten übrig bleiben. Wenn der Spitzensteuersatz heute ab einem Jahreseinkommen von 55.000 € fällig wird, dann trifft das bereits den gehobenen Facharbeiter. Über 90 Prozent der Einkommenssteuer bringt das Gros der normalen Arbeitnehmer auf. Mittelstandsbauch und kalte Progression kritisieren wir seit langem. Eine grundlegende Steuerreform ist längst überfällig.

7. Die deutsche Kleinstaaterei darf nicht länger an ihren Pfründen festhalten. Was früher mittelalterliche Zölle waren, ist heute die neuzeitliche Bürokratie. Gegen den Föderalismus mit dem Wettbewerb der Bundesländer ist nichts einzuwenden. Aber das Beharrungsvermögen ist wider der Vernunft ausgeprägt. Bildung und Ausbildung machen an Ländergrenzen halt. Das gleiche gilt für die Sicherheit. Den Verfassungsschutz zur Terrorabwehr bundesweit koordinieren - ein drängendes Gebot der Stunde, erregt den sofortigen Widerstand der Länder. Ein Beispiel aus der Praxis: Sollen Schwerlasttransporte durch mehrere Bundesländer rollen, sind die unterschiedlichsten Genehmigungsverfahren und Kosten zu beherrschen. Eine global agierende Wirtschaft im lokalen Korsett - welch ein Anachronismus!

8. Verkehrspolitik ist ein entscheidender Wirtschaftsfaktor. Gute Erreichbarkeit, funktionierende Verkehrsinfrastruktur und leistungsfähige Mobilitätsangebote sind essentielle Grundlagen für den Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort Sachsen, um national und international auf hohem Niveau agieren zu können. Aus diesem Grund ist die Erreichbarkeit Sachsens durch den Fern- und den Flugverkehr, insbesondere der Großstädte Dresden und Chemnitz dringend zu verbessern. Die Fernverkehrsverbindungen über Leipzig nach Chemnitz sowie von Frankfurt/M. über Sachsen nach Polen und von Berlin nach Prag sind kurzfristig in die weiteren Planungen aufzunehmen. Die Bahnverbindungen innerhalb Sachsens sind zu beschleunigen und noch stärker zu vertakten. Die Finanzierungsmittel für den Straßenverkehr sind mindestens auf dem bisherigen Niveau zu halten, neue touristische Ziele wie das Lausitzer Seenland sind an das Autobahnnetz anzubinden. Straßen mit hoher Verkehrsbelastung sind für einen reibungslosen Verkehrsfluss auszubauen. Zur Bewerbung neuer Fluglinien ist ein Marketingfonds einzurichten, um neu angebotene Flugziele nachhaltig etablieren zu können.

9. Die Sanktionen gegen Russland sind keine Lösung. Während Deutschland die Vorgaben akribisch umsetzt, agieren andere europäische Länder deutlich pragmatischer. Wiederum andere wie China nutzen das Vakuum, um eigene Marktanteile auszubauen. Dem sächsischen Mittelstand hat die Sanktionspolitik von heute auf morgen Umsatzeinbußen von über 30 Prozent zugemutet. Wirtschaftsbeziehungen zu Russland waren noch vor wenigen Jahren ausdrücklich politisch erwünscht. Bei aller berechtigten Kritik. Über "Rückschläge" müssen wir uns nicht wundern. Actio gleich Reactio. Wenn wir uns nicht dauerhaft Schaden zufügen wollen, brauchen wir dringend ein neues Verhältnis zu Russland.

10. Der Mittelstand braucht kraftvolle politische Vertretung. Er ist in Sachsen zu 99 Prozent von mittleren und kleinen Unternehmen in einer Vielzahl von Konstellationen und Branchen geprägt. Während Konzerne aufgrund der Größe und inneren Konsistenz die Macht der Masse aufbringen, kann der Mittelstand nur mit Flexibilität und Beschleunigung überzeugen. Aufgrund dessen mangelt es dem Mittelstand an Systemrelevanz, um in der Politik Einfluss zu nehmen. Es ist ein ungleicher wirtschaftlicher und politischer Wettbewerb. Für ein ausgewogenes Kräfteverhältnis innerhalb der Wirtschaft ist wichtig, dass eine politische Elite in besonderer Weise daher den Mittelstand vertritt.

Der Forderung nach einem starken Staat setzen wir entgegen: Wir brauchen eine Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft. Der Staat muss den Akteuren wieder die Freiheit und die Verantwortung überlassen und sich auf die aktivierende, stimulierende Rahmensetzung begrenzen. Die Zeit ist überreif für einen Kurswechsel.